

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 9. März 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. März 2026)

zum Thema:

Stand der Ermittlungen zum rassistischen Angriff in Baumschulenweg

und **Antwort** vom 23. März 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. März 2026)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25468

vom 9. März 2026

über Stand der Ermittlungen zum rassistischen Angriff in Baumschulenweg

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Am 27. April 2025 wurde der Ehemann einer Pfarrerin der evangelischen Kirchengemeinde Baumschulenweg Opfer eines mutmaßlich rassistisch motivierten Angriffs. Der Vorfall führte zu öffentlicher Aufmerksamkeit und einer Solidaritätskundgebung vor Ort.

1. Welchen Stand haben die Ermittlungen zum Angriff vom 27. April 2025?
 - a. Wann wurde das entsprechende Ermittlungsverfahren eingeleitet?
 - b. Wird derzeit noch ermittelt oder sind die Ermittlungen inzwischen mit welchem jeweiligen Ergebnis abgeschlossen?
 - c. Welche Straftatbestände wurden im Zusammenhang mit dem Angriff geprüft bzw. verfolgt?
 - d. Wie genau wurde der Vorfall im Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität eingeordnet?

Zu 1. a. bis d.:

Die zum Tatort alarmierten Einsatzkräfte haben vor Ort die ersten unaufschiebbaren Maßnahmen zur Aufklärung der Sache getroffen. Der vorliegende Anfangsverdacht einer Straftat stellte entsprechend den Beginn des Ermittlungsverfahrens dar. Das förmliche, verschriftete Ermittlungsverfahren in Form einer Strafanzeige wurde durch die Polizei Berlin im Anschluss an die Tat eingeleitet.

Die Ermittlungen dauern derzeit noch an und werden wegen des Anfangsverdachts einer gefährlichen Körperverletzung geführt.

Das Verfahren wurde bei der Staatsanwaltschaft Berlin nach Abgabe durch die Polizei Berlin als Tat im Bereich der Hasskriminalität aufgrund eines möglichen fremdenfeindlichen Tatmotives erfasst.

Seitens der Polizei Berlin wurde der Sachverhalt dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts- zugeordnet.

2. Welche Behörden und Dienststellen waren bzw. sind mit den Ermittlungen befasst?
 - a. Welche Dienststellen der Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft waren oder sind mit den Ermittlungen betraut?
 - b. Welche Staatsschutzdienststelle war oder ist gegebenenfalls an den Ermittlungen beteiligt?

Zu 2. a. und b.:

Das Verfahren wird bei der Staatsanwaltschaft Berlin in der Zentralstelle Hasskriminalität - Abteilung 237 - geführt. Bei der Polizei Berlin wurden die Ermittlungen im Landeskriminalamt (LKA 534) geführt.

3. Welchen Umfang hatten die Ermittlungen nach Kenntnis des Senats?
 - a. Gegen wie viele Tatverdächtige wurde im Zusammenhang mit dem Angriff ermittelt?
 - b. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden in diesem Zusammenhang geführt und welcher Verfahrensstand ergibt sich jeweils (z. B. laufend, eingestellt, Anklage erhoben)?
 - c. Wie viele Personen wurden im Rahmen der Ermittlungen als Zeug*innen vernommen?
 - d. Wurde zunächst gegen Unbekannt oder gegen konkret identifizierte Tatverdächtige ermittelt?

Zu 3. a. bis d.:

Die Ermittlungen betreffen eine Gruppe von vier bis sechs bislang unbekannt Personen. Die hierzu geführten Ermittlungen dauern an. Der Geschädigte wurde als Zeuge vernommen.

Das Ermittlungsverfahren wurde seitens der Polizei Berlin abgeschlossen und erstmalig am 13. August 2025 sowie nach erneuter Bearbeitung letztmalig am 9. März 2026 an die Staatsanwaltschaft Berlin übergeben. Im Übrigen wird auf die Beantwortung zur Frage 3 der Schriftlichen Anfrage 19/22665 verwiesen, die weiterhin Bestand hat.

4. Welche Rolle spielte die Personengruppe, bei der am Nachmittag des Tattages auf dem Platz vor der Kirche eine Personalienfeststellung durchgeführt wurde?
 - a. Aus welchem Anlass erfolgte diese polizeiliche Maßnahme?
 - b. Wie viele Personen waren von der Personalienfeststellung betroffen?
 - c. Wurden diese Personen im Rahmen der Ermittlungen zu dem Angriff befragt?
 - d. Falls ja: in welcher Rolle (z. B. Zeug*innen oder Tatverdächtige)?

Zu 4. a. bis d.:

Dem Senat liegen keine Erkenntnisse vor, die über den Sachstand der Beantwortung der Frage 4 der Schriftlichen Anfrage 19/22665 hinausgehen.

5. Welche Erkenntnisse liegen zu weiteren Straftaten im Umfeld der Kirchengemeinde im Zusammenhang mit dem Vorfall vor?
- Welche Ermittlungen wurden zu den zuvor bekannt gewordenen Graffiti an der Kirche geführt?
 - Welche Ermittlungen wurden zu der Sachbeschädigung am Glas-Schaukasten der Gemeinde nach dem Angriff geführt?
 - Wurden diese Taten als politisch motivierte Straftaten eingeordnet? Wenn ja, in welcher Kategorie und aus welchen Gründen?
 - Wurden mögliche Zusammenhänge zwischen diesen Vorfällen und dem Angriff geprüft? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Zu 5. a. bis d.:

Ein Zusammenhang mit weiteren Vorfällen im Umfeld der Kirchengemeinde hat sich aus den Ermittlungen nicht ergeben. Dazu gehören auch die beiden in der Anfrage genannten Vorfälle. Zu den genannten Sachverhalten wurde zudem seitens der Polizei Berlin keine politische Tatmotivation festgestellt.

Gleichwohl wurde die am 23. Mai 2025 angezeigte Sachbeschädigung des Glasschaukastens aufgrund der zeitlichen Nähe im Polizeilichen Staatsschutz bearbeitet.

6. Welche Maßnahmen wurden seitens Polizei und Senat ergriffen, um die Sicherheit der Kirchengemeinde in Baumschulenweg zu erhöhen?
- Welche polizeilichen Maßnahmen wurden seit April 2025 im Umfeld der Kirche Baumschulenweg durchgeführt?
 - Gab es Gespräche oder Präventionsmaßnahmen der Polizei mit der Kirchengemeinde?
 - Welche Einschätzung hat der Senat aktuell zur Gefährdungslage für die Kirchengemeinde?

Zu 6. a. bis c.:

Das Umfeld der Kirchengemeinde wurde vor dem Ereignis und insbesondere seit April 2025 im Rahmen des Täglichen Dienstes durch den örtlich zuständigen Polizeiabschnitt (A) 35 regelmäßig bestreift und es wurden lageangepasst geeignete (Schutz-)Maßnahmen initiiert.

Im Rahmen einer vom Jugendamt Treptow-Köpenick koordinierten und initiierten Kiez AG, welche viermal jährlich stattfindet, ist ein regelmäßiger Austausch mit Vertretenden der Gemeinde und der Polizei Berlin sichergestellt. Die Kiez AG wurde als Forum zum gegenseitigen Austausch zwischen den Gemeindevertretern und weiteren Teilnehmenden der AG genutzt, um das hier in Rede stehende Körperverletzungsdelikt zu thematisieren und zu diesem Thema zu sensibilisieren. Der Präventionsbeamte des A 35 nahm an dem Treffen am 21. Mai 2025 ebenfalls teil. Der Bedarf von darüberhinausgehenden Präventionsveranstaltungen oder präventiven Beratungen wurde in diesem Kontext nicht an die Polizei Berlin herangetragen.

Bei Schutzmaßnahmen handelt es sich um gefahrenabwehrende Maßnahmen, die aufgrund einer gesamtheitlichen Betrachtung des jeweiligen Sachverhalts individuell verfügt werden. Die Kirchengemeinde Baumschulenweg unterliegt dementsprechend einer dauerhaften Gefährdungsanalyse im Rahmen des Täglichen Dienstes der Polizei Berlin.

Sollte im Ergebnis der Analyse polizeiliches Handeln erforderlich sein, werden durch die Polizei Berlin lageangepasste Maßnahmen initiiert und durchgeführt.

Berlin, den 23. März 2026

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport